



BVwG

Bundesverwaltungsgericht
Republik Österreich

Das Bundesverwaltungsgericht – Bilanz und Herausforderungen

Mag. Harald Perl, Präsident

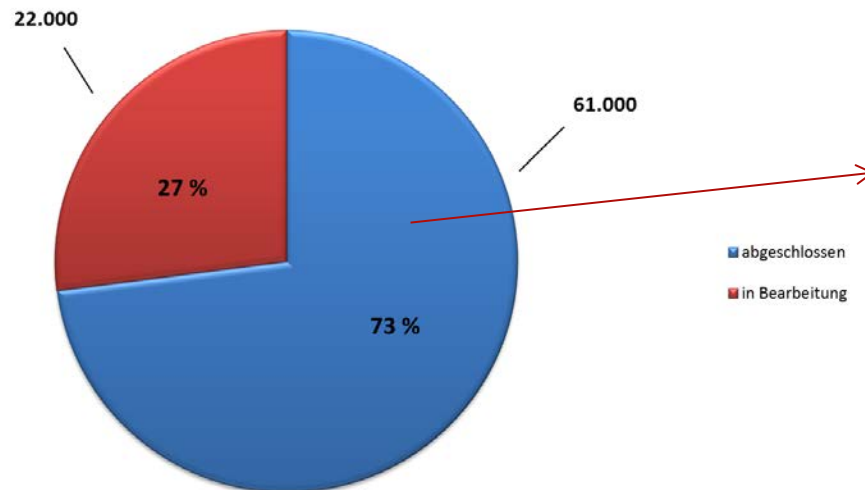
Dr. Michael Sachs, Vizepräsident

Pressegespräch, 07. Februar 2017

73% aller Verfahren am BVwG abgeschlossen

- Der Übergang der Arbeit von früher zuständigen Behörden und Ministerien auf das BVwG ist reibungslos erfolgt.
- In den ersten 3 Jahren seines Bestehens sind am BVwG über 83.000 Beschwerdeverfahren anhängig geworden.
- Davon wurden über 61.000 Verfahren, das sind 73%, abgeschlossen.

73% aller Verfahren am BVwG abgeschlossen



2014 bis 2016

Beispiele für abgeschlossene Verfahren

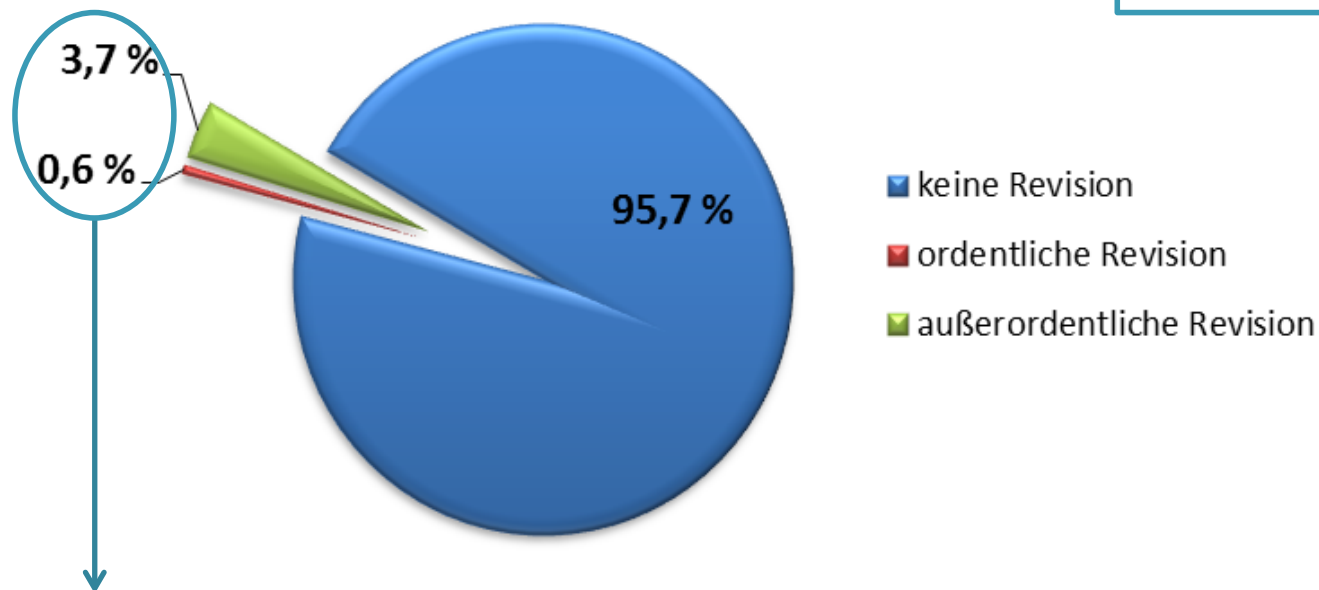
- „Semmering-Basistunnel neu“
- UVP Fürstenfelder Schnellstraße S7
- Abberufung von Bank-Vorständen
- Erteilung von Casino-Lizenzen
- ÖBB-Vergabe von 300 Nahverkehrszügen
- Entscheidungen zur Feststellung des Grades der Behinderung
- Denkmalschutzentscheidung zur Wiener Höhenstraße
- Datenschutzentscheidung zu Dashcams
- Asyl- und Fremdenrecht
- Maß-, Eich- und Vermessungswesen
- Beamten-Dienstrechtsverfahren
- Entscheidungen zur Sozialversicherungspflicht und zur Ausländerbeschäftigung
- Gewährung von Studienbeihilfen
- 110-kV-Freileitung Vorchdorf-Kirchdorf
- Marktordnungsverfahren und Almflächen
- Entscheidungen zum ORF-Gesetz (GIS-Gebühren)
- Bescheidbeschwerden der E-Control/Austro Control/KommAustria
- Parteienfinanzierungsgesetz (z.B. Wahlkampfkostenüberschreitung)

Akzeptanz und Qualität der Entscheidungen

- In etwa 96% aller Verfahren des Jahres 2016 wurde keine Revision an den VwGH erhoben.
- In etwa 2/3 der vom VwGH im Jahr 2016 entschiedenen Revisionen wurde die BVwG-Entscheidung bestätigt.

Akzeptanz und Qualität der Entscheidungen

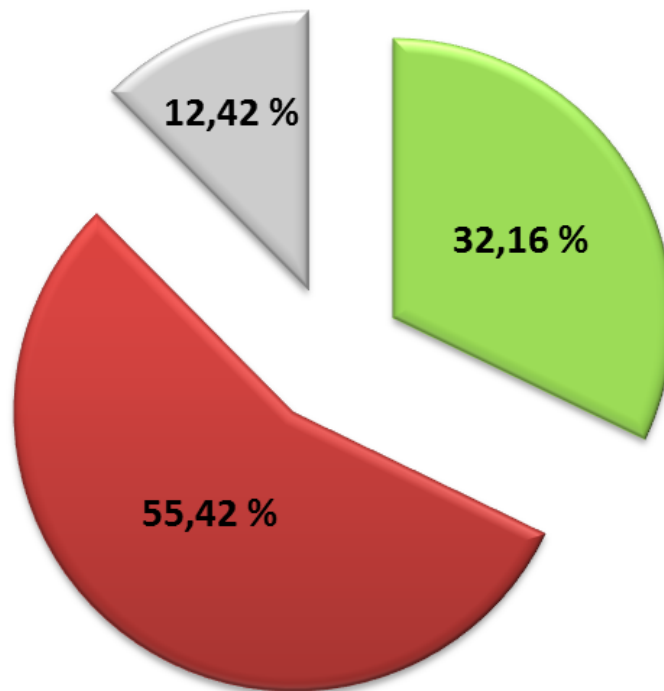
Geschäftsjahr 2016
(1.2.2016 - 31.1.2017)



2/3 dieser BVwG-Entscheidungen vom VwGH bestätigt

Entscheidungen des BVwG

Geschäftsjahr 2016

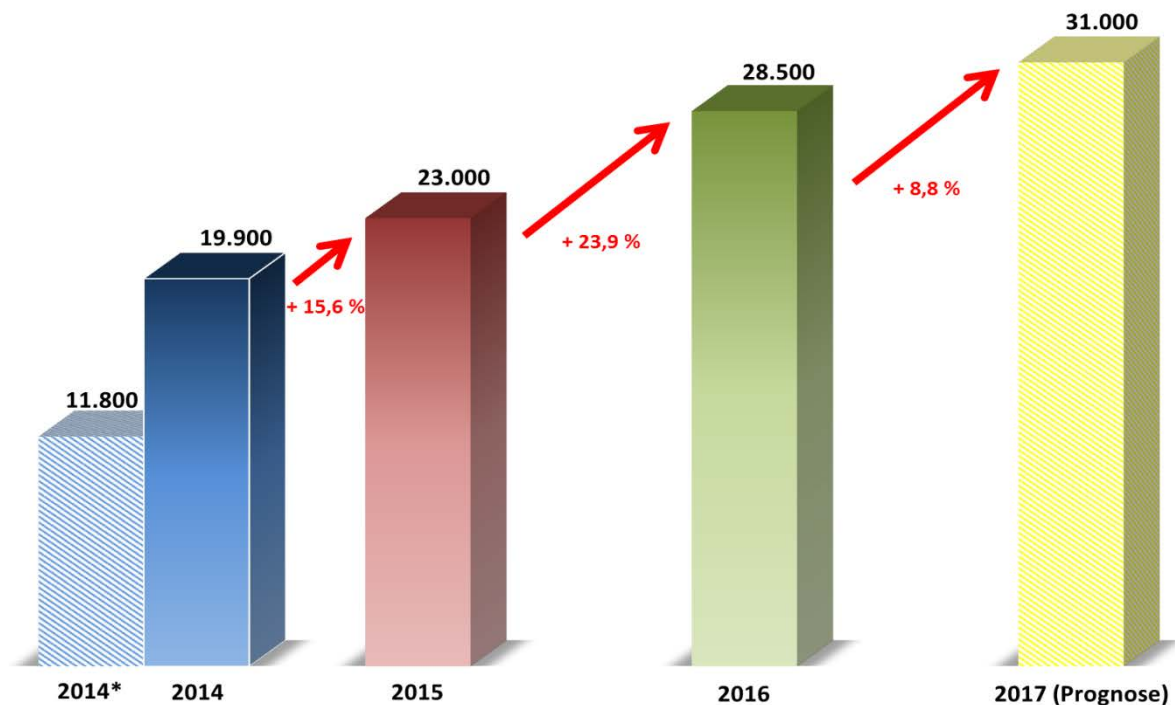


- Behördenentscheidung aufgehoben oder abgeändert
- Behördenentscheidung bestätigt
- Sonstige Entscheidungen (z.B. Zurückweisung der Beschwerde)

Beschwerdeverfahren steigen weiter an

- Das BVwG hat mit einer gleichbleibend hohen Anzahl an Beschwerdeverfahren in den folgenden Fachbereichen zu rechnen:
 - Soziales
 - Persönliche Rechte und Bildung
 - Wirtschaft, Kommunikation, Verkehr und Umwelt
- Der Anstieg im Fachbereich Fremdenwesen und Asyl ist überdimensional hoch.
- Derzeit stammen $\frac{3}{4}$ aller neu anhängigen Beschwerdeverfahren aus diesem Bereich.

Beschwerdeverfahren steigen weiter an



* am 1.1.2014 übernommene Verfahren vom Asylgerichtshof

Schlussfolgerungen und Erfordernisse

- Folgende Maßnahmen sind erforderlich:
 - Organisatorische Investitionen
 - Technische Investitionen
 - Gesetzgeberische Maßnahmen
 - Personelle Investitionen

Organisatorische Investitionen

- Umfassendes Ablaufmanagement (ISO-Zertifizierung) mit normierten Arbeitsabläufen, um mit großen Mengen an Verfahren möglichst effizient und ökonomisch umgehen zu können.
- Beibehaltung des hohen Spezialisierungsgrades der Richter/innen bei gleichzeitig größtmöglicher Flexibilität bei der Verteilung der Beschwerdeverfahren – fast alle Gerichtsabteilungen werden Asylfälle bearbeiten.
- Ständige Kontakte mit betroffenen Behörden, um auf markante Veränderungen zeitnah reagieren zu können.

Technische Investitionen

- Umfassende Nutzung digitaler Rechtsdatenbanken
- Einsatz von Spracherkennungsprogrammen
- Einrichtung zusätzlicher PC-Bildschirme
- Ausbau der Aktenvorlagen in elektronischer Form in Zusammenarbeit mit den Behörden und Ministerien
- Weiterentwicklung des EDV-unterstützten Informationsmanagements für Richter/innen

Gesetzgeberische Maßnahmen

- Novelle des Verfahrensrechts der Verwaltungsgerichte (01/2017)
 - Gekürzte Ausfertigung der Entscheidungen bei Verzicht auf Revision (bereits umgesetzt)
 - Neuerungsverbot nach Schluss der mündlichen Verhandlung (in Aussicht genommen – Entschließungsantrag des Nationalrats)

Personelle Investitionen

- Temporäre Personalaufstockung im Jahr 2016
 - Der Gesetzgeber hat dem BVwG 160 Planstellen für die Jahre 2016 und 2017 zur Verfügung gestellt.
 - Nur die Hälfte dieser Planstellen ist fix (unbefristet).
- Um den weiteren Anstieg an Beschwerdeverfahren bewältigen zu können, müssen die 80 befristeten Planstellen über 2017 hinaus zur Verfügung stehen.

Das BVwG auf einen Blick

- 520 unbefristete und 80 befristete Bedienstete
- Davon 220 Richter/innen
- Einbeziehung von etwa 830 Laienrichter/innen
- Standorte in Graz, Linz, Innsbruck und Wien
- 83.000 Beschwerdeverfahren in 3 Jahren, davon über 61.000 Verfahren (73%) abgeschlossen
- Frauenquote: 63% aller Bediensteten und 47% aller Richter/innen sind weiblich
- Behindertenquote: ca. 4% aller Bediensteten (2 blinde Richter)
- Europaweit eines der wenigen Gerichte mit ISO-zertifizierten Arbeitsabläufen